

## **Stopp dem Ausverkauf der öffentlichen Dienstleistungen und der Privatisierung der Grundversorgung der Bevölkerung**

### **RESOLUTION des GEMEINDERATES der Katastralgemeinde Gedersdorf**

#### **Wir fordern den Stopp der GATS-Verhandlungen!**

Durch Deregulierung und in weiterer Folge Privatisierung der Grundversorgung der Bevölkerung, die bisher von den Gemeinden in ausgezeichneter Weise erbracht werden, werden übergeordnete Ziele vernachlässigt. Es geht darum, dass für alle Menschen eine hochwertige Grundversorgung garantiert bleibt, dass auch für einkommensschwächere Gruppen der Bevölkerung eine angemessene Lebensqualität sichergestellt ist und dass auch unsere Kinder eine intakte Umwelt vorfinden. Der Ausverkauf von Gesundheit, Bildung, Wasser und sonstigen öffentlichen Diensten muss daher verhindert werden!

Wir fordern die Österreichische Bundesregierung und die Landesregierung auf, sich für folgende Ziele einzusetzen:

- GATS-Verhandlungsstopp bis zur erfolgten Evaluierung bisheriger Privatisierungen
- Verbesserung statt Ausverkauf öffentlicher Dienste
- Offenlegung der Verhandlungsergebnisse bei internationalen Wirtschaftsabkommen

Diese Forderungen werden nicht erhoben, weil privates Wirtschaften als negativ erachtet wird. Privates Wirtschaften ist akzeptierter Bestandteil unseres Gesellschafts-systems. Jedoch zeigt die Erfahrung, dass gewisse Dienstleistungen (nämlich jene, die der Grundversorgung der Menschen dienen) besser von der öffentlichen Hand wahrgenommen werden. Nur dadurch bleiben einerseits die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik und andererseits die politisch-demokratischen Kontrollmöglichkeiten der Bevölkerung erhalten.

### **BEGRÜNDUNG**

#### **Die Gemeinden sind Garant für allgemeinen Wohlstand und Soziale Sicherheit**

Der Staat (Bund, Länder und Gemeinden) hat die wichtigste Funktion bei der Versorgung der Bevölkerung mit sogenannten Leistungen der „Daseinsvorsorge“. Dabei handelt es sich um die Bereitstellung von Trinkwasser, Energie, Bildungseinrichtungen, Postdiensten, öffentlichen Verkehrsbedingungen, usw. Weiters gehören zu diesen Versorgungspflichten der öffentlichen Hand gegenüber der Bevölkerung insbesondere auch das Gesundheitswesen, die sozialen Dienste, sowie der Katastrophenschutz.

Die BürgerInnen erleben den Staat zuallererst in ihrem unmittelbaren Umfeld, nämlich in der Gemeinde, an ihrem Wohnort. Deshalb sind die genannten öffentlichen Dienstleistungen eine absolute Notwendigkeit für die BürgerInnen, die diese als

Grundsicherung ihrer Lebensbedürfnisse betrachten. Die Bedeutung derselben wurde auch durch wiederholte Erklärungen des Städte- und Gemeindebundes bekräftigt.

Auch die EU-Charta der Grundrechte der Europäischen Union hebt in Art. 36 das Recht der BürgerInnen auf Zugang zu diesen Dienstleistungen im allgemeinen, wirtschaftlichen Interesse hervor. Trotzdem orientiert sich das Wertemodell der EU immer mehr am unreflektierten Wettbewerbsgedanken. Wenn auch der Wettbewerb und der freie Binnenmarkt den Menschen bisher in einigen Bereichen kurzfristig Vorteile gebracht haben, so besteht nun doch immer mehr die Gefahr, dass es im Bereich der eingangs definierten Daseinsvorsorge zu Beeinträchtigungen der Lebensqualität der Menschen kommt. Grund dafür ist neben der zunehmenden Überbewertung des Wettbewerbsgedanken durch die EU-Wirtschaftspolitik neuerdings auch die Bedrohung der öffentlichen Dienstleistungen durch das GATS.

### **GATS nimmt der öffentlichen Hand die Gestaltungsmöglichkeiten**

Das GATS (General Agreement on Trade in Services) ist das Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) über den Handel mit Dienstleistungen. Es wird derzeit von den 144 Mitgliedsstaaten der WTO, darunter Österreich, verhandelt.

Energie- und Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit, Öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kanal, Müllabfuhr und andere öffentliche Dienstleistungen sollen rein privaten Interessen ausgeliefert werden. Das würde letztlich bedeuten, dass nicht mehr der Staat für die Grundversorgung der Menschen verantwortlich ist, sondern dass Großkonzerne über wichtige soziale Leistungen bestimmen. Bund, Länder und Gemeinden würden dadurch ihre Gestaltungsmöglichkeiten weitestgehend und unwiederbringlich verlieren.

### **Die Grundversorgung der Bevölkerung wird gefährdet**

Durch GATS erhalten die in der EU schon jetzt stattfindenden Liberalisierungen (z.B. Strom, Gas) eine neue Dimension. Werden bei öffentlichen Dienstleistungen – über Europa hinaus – weltweit Liberalisierungsverpflichtungen eingegangen, so würden dadurch die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik, also der Parlamente, aber auch der Gemeindevertretungen, massiv eingeschränkt. Dann würde das WTO-Schiedsgericht, welches über EU-Recht, Verfassung und Gesetzgeber steht, entscheiden ob staatliche Regeln GATS-konform sind oder nicht.

Hinzu kommt, dass bei negativen Auswirkungen durch Liberalisierungen die im GATS-Vertrag eingegangenen Verpflichtungen faktisch nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten.

Die größte Gefahr, die von GATS ausgeht, ist die ausschließliche Orientierung am Ziel der Gewinnmaximierung. Nicht mehr die Qualität der Grundversorgung der Bevölkerung und ein flächendeckendes Angebot wären vorrangig. Nicht mehr das Prinzip von Gemeinnützigkeit und Kostendeckung würden vorherrschen, sondern höchstmöglicher Profit für einige wenige Großkonzerne würde zum obersten Handlungsprinzip. Das würde unter anderem auch unzählige Arbeitsplätze vernichten. Viele derzeit noch für alle Menschen selbstverständliche Versorgungsleistungen würden für große Teile der Bevölkerung zu Luxusgütern oder müssten von der öffentlichen Hand teuer zugekauft werden.

Die Mehrheit der Menschen würde durch das GATS Nachteile erleiden. Nicht ohne Grund finden die Verhandlungen geheim und abgeschirmt von der Öffentlichkeit statt. Mögliche Fragen sind steigende Preise, schlechtere Qualität, Zugang nur für finanziell Bessergestellte, weniger Umweltschutz und weniger ArbeitnehmerInnen-schutz.

### **Aus Fehler anderer lernen!**

Bekannteste Beispiele für negative Auswüchse der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sind die Trinkwasserversorgung, die Eisenbahn und der lokale Bus-Linienverkehr in Großbritannien, sowie der Eisenbahn-Personenverkehr in den USA. Die Privatisierung der Trinkwasserversorgung führte fast zur Verdoppelung der Preise innerhalb von nur 4 Jahren und dazu, dass in die Erhaltung der Wasserleitung kaum oder gar nichts investiert wurde. Wasserverluste bis zu 25% durch undichte Rohre waren die Folge. Außerdem nahmen die Hepatitis-A-Erkrankungen aufgrund schlechter Wasserqualität um 200% zu!

Die Privatisierung und Zerschlagung der britischen Eisenbahn führte zur Stilllegung zahlreicher Linien, Unpünktlichkeit der Züge wurde zum „Normalfall“, vielfach wartet man auf Züge überhaupt vergeblich. Mit den Vermögenswerten der ehemals staatlichen Eisenbahn (insbesondere Grundstücke) wurde spekuliert, die Zuschüsse der öffentlichen Hand zu den privatisierten Bahnunternehmen stiegen trotz geringerer Qualität und trotz höherer Fahrpreise. Die enorme Häufung der Unfälle ist weithin bekannt und immer wieder Gegenstand von Schlagzeilen in den Medien. Laut internationaler Statistik waren Englands Züge im Jahr 1990 20mal sicherer als heute!

Ähnliche Erfahrungen wurden auf der ganzen Welt mit der Privatisierung von Energieversorgung, Gesundheitsdienstleistungen und Bildungseinrichtungen gemacht.

**eingebraucht von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion:**

21. März 2003 / Theiß

Ing. Otto Rabitsch